

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 51 (1971-1972)
Heft: 6

Artikel: Wachstumspolitik : Inhalt und Ansatzpunkte
Autor: Werner, Josua
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162644>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

liche Despotien zu erobern, bei diesem Vorhaben seine Kräfte überbeanspruchte, der Schwäche anheimfiel und schliesslich an einer besonderen Art des Verlustes der eigenen Differenziertheit zugrundeging. Wenn dies zutrifft – und an Symptomen dafür mangelt es nicht – so müssten wir die historischen Spekulationen von Vico, Kant, Lessing und Hegel neu überdenken. Wir müssten ferner anerkennen, dass Thomas Morus, Sébastien Mercier, Karl Marx und andere bedeutende Geister mit ihren Darstellungen utopischer Gesellschaften, die auf individuelle Freiheiten und institutionelle Spannungen zugunsten einer wohlgeordneten und undifferenzierten Gesellschaft verzichteten, vielleicht nicht so sehr auf den Pfaden wirklichkeitsfremder Spekulation wandelten.

Meine Betrachtungen sollten freilich niemanden zum Glauben verleiten, wir hätten neue historische Entwicklungsgesetze entdeckt. Auch wenn wir heute nicht mehr an ein geradliniges Fortschreiten aller Dinge glauben, so brauchen wir deswegen noch keiner zyklischen oder überhaupt amorphen Entwicklungstheorie anzuhängen. Nur sollten wir uns nicht scheuen, auch unpopuläre Möglichkeiten in unsere Untersuchungen einzubeziehen.

JOSUA WERNER

Wachstumspolitik – Inhalt und Ansatzpunkte

Wachstumspolitik präsentiert sich als Teilbereich der Wirtschaftspolitik – ein offensichtlich mehr und mehr Bedeutung erlangender Teilbereich der Wirtschaftspolitik. Jedes wirtschaftspolitische Problem aber besteht in einer Untersuchung der Elemente und Faktoren, die wirtschaftspolitisches Handeln bestimmen und ausmachen, nämlich der Träger, der Ziele und der Mittel der Wirtschaftspolitik. Die nachfolgende Darlegung einiger Hauptfragen der Wachstumspolitik versucht, im wesentlichen von diesen drei Elementen auszugehen.

Träger der Wachstumspolitik

Die Frage nach dem bzw. den Trägern der Wachstumspolitik lässt sich verhältnismässig kurz abtun. Träger wachstumspolitischer Massnahmen ist der Staat. Allerdings haben die Integrationsbestrebungen zum Inhalt, bisherige

nationalstaatliche Wirtschaftspolitik in steigendem Masse auf überstaatliche Gebilde zu übertragen. Von einer europäischen Wachstumspolitik ist aber – sieht man einmal von dem aus Brüssel stammenden und nicht in jeder Hinsicht ausgereiften «Werner-Bericht» ab – noch nicht eigentlich die Rede. Dagegen werden in einem föderalistisch aufgebauten Staatswesen Regelungen darüber zu treffen sein, wie die Trägerschaft etwa für finanzpolitische oder regionalpolitische Massnahmen zur Wachstumsförderung auf Zentralstaat und Gliedstaaten, auf Bund und Kantone aufzuteilen und sinnvoll zu koordinieren ist.

Die Bedeutung des wirtschaftlichen Wachstums

Was sind nun die Zielvorstellungen einer so nationalstaatlich verstandenen Wachstumspolitik? Die Frage nach der wachstumspolitischen Zielsetzung ruft vorerst nach einer genaueren Begriffsbestimmung des wirtschaftlichen Wachstums.

Wirtschaftliches Wachstum bedeutet Zunahme der gesamten Güterproduktion während einer bestimmten Periode. Die Wachstumsrate, in der Regel auf ein Jahr bezogen, drückt aus, in welchem Ausmaße das Bruttonsozialprodukt von einer Periode zur andern zugenommen hat. Eine Aussage über den Versorgungsstand einer Wirtschaftsgesellschaft wird allerdings erst gehaltvoll, wenn man die Entwicklung des Sozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung ermittelt. Dementsprechend liegt wirtschaftliches Wachstum, auch als «intensives Wachstum» charakterisiert, vor bei Zunahme des Sozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung. In den westlichen Volkswirtschaften ist diese zusätzliche begriffliche Anforderung praktisch immer erfüllt, da die reale Wachstumsrate des Sozialprodukts mit rund 3–5 Prozent jene der Bevölkerung weit übertrifft. Anders liegen die Verhältnisse in einzelnen Entwicklungsländern.

Wir haben von der realen Wachstumsrate gesprochen. Geht mit dem Wachstumsprozess eine Kaufkraftverminderung des Geldes einher, so muss zu Vergleichszwecken eine Indexbereinigung der zunächst statistisch festgestellten, das heißt nominalen Wachstumsraten vorgenommen werden. Entscheidend sind natürlich die tatsächlichen, die realen Wachstumsraten. Sie erst geben Auskunft darüber, in welchem Ausmaße das Sozialprodukt während einer bestimmten Periode zugenommen hat.

Die Zielvorstellungen der Wachstumspolitik richten sich nun offensichtlich auf zukünftige Wachstumsraten. Zwar wird die Zielansprache unterschiedlich gefasst. Sie bewegt sich etwa von der recht allgemein gehaltenen Forderung, dass wirtschaftliches Wachstum anzustreben sei, bis hin zu einer im Rahmen einer Planifikation niedergelegten imperativen Zielfixierung, die

durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttonsozialprodukts habe zum Beispiel 4½ Prozent zu betragen. Stets wird jedoch wirtschaftliches Wachstum als Ziel gesetzt.

Allerdings hat es wirtschaftliches Wachstum gegeben, längst bevor der Begriff bekannt war, geschweige denn die Forderung erhoben wurde, die Wirtschaftspolitik habe sich wirtschaftliches Wachstum zum Ziele zu setzen. Die Wirtschaftsgeschichte des 19. und der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts liesse sich durchaus als eine Geschichte des wirtschaftlichen Wachstums interpretieren, eines Wachstums allerdings, das zufolge der oft sehr heftigen Konjunkturschwankungen nicht immer deutlich genug ins Bewusstsein trat.

Erste Impulse für ein systematisches Wachstumsdenken gehen denn auch von der Konjunkturforschung aus. Mit der Frage nach einer Dämpfung der Konjunkturschwankungen war gleichzeitig die Frage nach einer Verstetigung des Prozesses gestellt; bei näherer Betrachtung entpuppte sie sich als Frage nach der Verstetigung des wirtschaftlichen Wachstum. Hinzu gesellten sich von der politischen Ebene herkommende Antriebskräfte. Sowohl der Wettlauf zwischen Ost und West als auch die Probleme der Entwicklungsländer haben das Interesse an der Wachstumstheorie in besonderer Weise wach werden lassen und in der Folge zu der grundlegenden Fragestellung geführt, wie die Wirtschaftspolitik wirtschaftliches Wachstum herbeizuführen bzw. zu intensivieren vermöge.

Zielsetzungen der Wachstumspolitik

Jedenfalls ist heute wirtschaftliches Wachstum als Zielvorstellung aus der wirtschaftspolitischen Diskussion nicht mehr wegzudenken. Offen bleibt vorerst die genaue Bestimmung des Wachstumsziels: Soll lediglich die generelle Forderung nach Wachstum erhoben werden oder weitergehend die Verstetigung der Wachstumsrate als Ziel gesetzt werden? Wird etwa eine bestimmte Wachstumsrate Jahr für Jahr postuliert, so wird damit stetiges Wachstum gefordert. Das Postulat stetigen Wachstums erscheint allerdings auch in allgemeiner Form, das heißt, die angestrebte Wachstumsrate wird nicht in einer bestimmten Prozentzahl ausgedrückt.

Darf aber Stetigkeit des Wachstums als das wachstumspolitische Ziel schlechthin betrachtet werden? Einzelne Ergebnisse der Wachstumstheorie legen eher den Schluss nahe, dass ein leichtes Auf und Ab der gesamtwirtschaftlichen Aktivität den Wachstumstrend im langfristigen Ergebnis noch stärker anhebt. So betrachtet könnte durchaus die Maximierung des Sozialprodukts über einen längeren Zeitraum hinweg als Ziel der Wachstumspolitik erscheinen.

Die verschiedenen Zielformulierungen lassen erkennen, dass die Zielbestimmung der Wachstumspolitik umstritten ist. Einigkeit besteht wohl darüber, dass die gesamte Güterproduktion zunehmen soll. In welchem Ausmaße, unter welchen Bedingungen und mit welchen Nebenwirkungen dieses Wachstum vor sich gehen soll, darüber gehen die Auffassungen allerdings auseinander. Gewisse Formen der Wachstumsbeeinflussung beispielsweise erfordern Eingriffe in die Freiheit der Einkommensverwendung. Andererseits wird immer wieder die Beobachtung gemacht, dass ein allzu forciertes Wachstum zu einem Preisanstieg führt. Zwar sind die Ursachen der schlechenden Inflation vielgestaltig, und die Ziele wirtschaftliches Wachstum und Geldwertstabilität müssen keineswegs in einem Konfliktverhältnis zueinander stehen. Dennoch erweist sich der Kampf gegen die Inflation bei starkem Wachstum als weit schwieriger als bei mässigem Wachstum.

Alle Zielformulierungen in bezug auf das wirtschaftliche Wachstum sind im Kern politischer Natur. Das heisst, dass stets die Auswirkungen der Verfolgung des Wachstumsziels auf andere wirtschaftspolitische Ziele in Betracht gezogen werden und zudem Formen und Konsequenzen des wachstumspolitischen Mitteleinsatzes bedacht werden müssen. Deshalb wird nunmehr von einem optimalen Wachstum bzw. von einer optimalen Wachstumsrate als dem Ziel der Wachstumspolitik gesprochen. «Optimal» bedeutet jedenfalls ein klares Abrücken von der Vorstellung, wonach die Wachstumsrate zu maximieren sei.

Wirtschaftliches Wachstum erweist sich solange als wirtschaftspolitisches Ziel, als Wirtschaftsgesellschaften eben eine verbesserte Güterversorgung anstreben. Dabei ist durchaus denkbar, dass die als realisierbar angestrebte Zunahme des Sozialprodukts, in der Regel eben die in Prozenten ausgedrückte Wachstumsrate, im Sinne einer Leitlinie postuliert wird. Weiter erscheint es angemessen, ja geradezu erwünscht, dass in der Folge die Massnahmen der Wirtschaftspolitik, vor allem der Finanzpolitik, auf die so angenommene Wachstumsrate abgestimmt werden. Problematisch werden die Dinge dort, wo die Wachstumsrate nicht mehr als Leitlinie, sondern als verbindliche Norm festgelegt und das «wachstumskonforme» Verhalten der Unternehmungen geradezu erzwungen wird.

Solange diese Gefahrenzone nicht erreicht ist, wird man in der Wirtschaftspolitik das Wachstumsziel bejahren müssen. Im übrigen ist wirtschaftliches Wachstum keineswegs eine völlig neue Zielvorstellung; vielmehr bildet es eines der Grundanliegen, seit es systematisches wirtschaftspolitisches Denken und Handeln gibt. Adam Smiths berühmtes Werk über «Natur und Ursachen des Wohlstands der Nationen» stellt über weite Strecken nichts anderes als eine Untersuchung darüber dar, wie die Produktion von Gütern vermehrt, mit andern Worten wie Wachstum erzielt werden kann.

Die Rolle der Wachstumstheorie

Ist aber der Wachstumsprozess einer Beeinflussung durch wirtschaftspolitische Massnahmen überhaupt zugänglich? Die bis anhin stillschweigend angenommene Voraussetzung bedarf einer näheren Prüfung.

Was sagt die Wachstumstheorie zu dieser Frage? Welches sind nach ihren Ergebnissen die Determinanten des wirtschaftlichen Wachstums, und wie können diese Determinanten allenfalls Ansatzpunkte für wachstumspolitische Massnahmen bilden? Die von der Wachstumstheorie entwickelte Fülle von Ansätzen reduziert sich auf zwei hauptsächliche Varianten, auf das sogenannte «Harrod-Domar-Modell» und auf den neoklassischen Ansatz.

Im Harrod-Domar-Modell erscheint die Investitionsquote als eigentliche Wachstumsdeterminante. Das Ausmass der Investitionen, das heisst der Kapitaleinsatz entscheidet hier über die Produktionsausweitung. Daraus ergibt sich unmittelbar im Harrod-Domar-Modell die Formel: Die Wachstumsrate wird bestimmt durch die Investitionsquote mal ihre Kapitalproduktivität. Oder etwas anders dargestellt:

$$\text{Wachstumsrate} = \frac{\text{Investitionsquote}}{\text{Kapitalkoeffizient}}$$

Bei einem als konstant angenommenen Kapitalkoeffizienten – er bedeutet nichts anderes als den reziproken Wert der Kapitalproduktivität – wird das Wachstum unmittelbar durch die Höhe der Investitionen bestimmt; Wachstum ist somit über die Investitionen machbar.

Die in der Folge eingeleitete Politik einer globalen Investitionsförderung musste jedoch bald einer stärker differenzierten Betrachtungsweise Platz machen. Einmal erwiesen sich die praktischen Erfolge einer lediglich auf die Investitionsquote ausgerichteten Wachstumspolitik als nicht sehr überzeugend. Hinzu kamen die neuen Einsichten der neoklassischen Wachstumstheorie, welche die Rolle der Investitionen in Frage zu stellen begannen.

Zwar gilt auch in der neoklassischen Theorie die Formel:

$$\text{Wachstumsrate} = \frac{\text{Investitionsquote}}{\text{Kapitalkoeffizient}}$$

Die Wachstumsrate wird aber nunmehr als konstant gegeben angenommen; sie wird als von der Zunahme des Arbeitspotentials und damit letztlich von der Bevölkerungsvermehrung und als von der technischen Fortschrittsrate bestimmt angesehen. Der technische Fortschritt jedoch fällt nach der berühmt gewordenen Formulierung «wie Manna vom Himmel». Das bedeutet, dass ein Forcieren der Investitionen lediglich zu einer Verschlechterung des Kapitalkoeffizienten, das heisst zu einem Sinken der Produktivität führt. Wachstum ist in dieser Sicht der neoklassischen Theorie nicht machbar.

Darf der technische Fortschritt jedoch als eine von aussen gegebene Grösse betrachtet werden? Muss man nicht vielmehr annehmen, dass er einer systematischen Beeinflussung weitgehend zugänglich ist? Wäre dies nämlich nicht der Fall, so bliebe das Postulat, Bildung und Forschung seien auch im Dienst des wirtschaftlichen Wachstums zu fördern, ohne theoretische Berechtigung. Tatsächlich hat sich mehr und mehr die Auffassung durchgesetzt – und die Vertreter der Neoklassik haben in der späteren Diskussionsphase diese gewandelte Auffassung zu einem guten Teil mitbewirkt –, dass der technische Fortschritt weitgehend gesteuert, systematisch herbeigeführt werden könne.

Wachstumspolitik und Konjunkturpolitik

Die Konjunkturpolitik hat die volle Auslastung des vorhandenen Produktionsapparates zu sichern und vor allem für Vollbeschäftigung zu sorgen. In diesem Sinne ist sie ausgesprochen nachfrageorientiert. So muss in der Phase eines konjunkturellen Niederganges der seitens der privaten Haushalte und Unternehmungen meist kumulativ auftretende Nachfrageausfall kompensiert werden. Grundsätzlich das gleiche, wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen, gilt für Zeiten einer überbordenden Hochkonjunktur. Dementsprechend muss mit den Instrumenten der Geld- und Fiskalpolitik auf eine ausreichende und ausgeglichene Gesamtnachfrage hingewirkt werden.

Eine erfolgreiche Konjunkturpolitik stellt wohl eine Voraussetzung für das Gelingen der Wachstumspolitik dar. Die wachstumspolitischen Massnahmen selbst aber haben ein anderes Gepräge. Im Gegensatz zu der notwendigerweise auf kurzfristige Wirkungen ausgerichteten Konjunkturpolitik dominiert nun der langfristige Aspekt. Insbesondere knüpft die eine Ausweitung des Sozialprodukts anstrebende Wachstumspolitik auf der Angebotsseite an. Bereitstellung und Einsatz der Produktionsfaktoren im Produktionsprozess sollen eben in geeigneter Weise beeinflusst werden.

Die Vermehrung des Faktoreinsatzes

Wie lässt sich ein vermehrter Faktoreinsatz und zwar vorerst des Faktors Arbeit bewirken? Sind in einer Volkswirtschaft die vorhandenen Arbeitskräfte voll beschäftigt, so muss in irgend einer Form zusätzliche Arbeit geleistet werden. Soweit nicht die gleiche Zahl von Arbeitskräften mehr Arbeitsstunden erbringt – die Annahme ist offensichtlich reichlich wirklichkeitsfremd –, sind bei Beschränkung auf die Binnenwirtschaft bisher «passive» Bevölkerungssteile wie Rentner oder Hausfrauen zusätzlich für den Arbeitsprozess zu gewinnen. Die Möglichkeiten hiefür dürfen nicht allzu hoch veranschlagt

werden; immerhin liesse sich gerade in der Schweiz das Reservoir der weiblichen Arbeitskräfte durch geeignete und entsprechendes Verständnis zeigende organisatorische Massnahmen, vor allem durch die Schaffung weiterer Teilzeit-Arbeitsplätze, wirkungsvoller ausschöpfen.

Besonders aktuell ist natürlich die Eingliederung ausländischer Arbeitskräfte in den Produktionsprozess. Für eine Reihe von Industrieländern steht sie im Vordergrund der ergriffenen Massnahmen. Tatsächlich hätte die in verschiedenen westeuropäischen Volkswirtschaften, so etwa in der Bundesrepublik, in Belgien, in den Niederlanden und vor allem auch in der Schweiz erzielte Zunahme des Sozialprodukts ohne die laufende Einbeziehung von Gastarbeitern in den Produktionsprozess nicht in gleichem Ausmaße erreicht werden können. Die heftigen Auseinandersetzungen um die Schwarzenbach-Initiative haben allerdings gezeigt, dass die über die Zulassung von Gastarbeitern betriebene Form der Wachstumspolitik ihre eigene Problematik aufweist.

Zusätzliche Arbeitskräfte werden in der Regel dann benötigt, wenn zusätzliche Investitionen durchgeführt werden, die nach einer Bestückung mit Arbeitskräften rufen. Wohl sind verschiedene Formen der Faktorkombination von Arbeit und Kapital möglich; eine beträchtliche Vermehrung des Arbeitseinsatzes lässt jedoch in der Regel darauf schliessen, dass ebenfalls eine beträchtliche Vermehrung des Kapitaleinsatzes, mit andern Worten eine Investitionsausweitung stattgefunden hat.

Hier ist vor allem die Frage nach den Finanzierungsquellen für die Investitionen zu stellen. Als solche kommen grundsätzlich in Frage: die inländische Ersparnisbildung, die Kreditgewährung seitens des Bankensystems bzw. der Zentralbank und das Ausland. Wenn wir einmal von der Kreditgewährung seitens des Bankensystems absehen, so ist gerade im Blick auf die in den sechziger Jahren in der Schweiz oft stürmische Investitionstätigkeit zu prüfen, ob sie nur aus inländischen und daher inflationsfrei wirkenden Ersparnissen finanziert worden ist.

Die Schweiz besitzt keine Statistik des Kapitalverkehrs. Es lassen sich lediglich indirekt Schlüsse ziehen aus den Ergebnissen der Ertragsbilanz und den Veränderungen der Währungsreserven. Die Ertragsbilanz der Schweiz war in den Jahren 1961–1965 stark defizitär. Das bedeutet, dass entweder die Auslandsaktiven vermindert wurden oder die Verschuldung gegenüber dem Ausland eine Erhöhung erfahren hat. Vor allem fällt der in jenen Jahren Milliardenbeträge erreichende Zufluss ausländischer Gelder ins Gewicht. Diese Gelder haben zweifellos eine entscheidende Grundlage für die Kreditexpansion und damit für die Investitionsfinanzierung geliefert.

Inzwischen hat sich die Situation wiederum etwas verändert. Zwar werden sich in der Schweiz, ausgelöst durch vielgestaltige Faktoren, immer wieder

grössere Zuflüsse ausländischer Gelder einstellen und im Gefolge den Eindruck erwecken, die Finanzierung auch eines sehr hohen Investitionsvolumens bringe keine Schwierigkeiten mit sich. Allein die Konsolidierungskrise der Jahre 1965/66 hat zur Einsicht führen müssen, dass auch gesamtwirtschaftlich die langfristige Sicherung der Investitionsfinanzierung spezifischer Aufmerksamkeit bedarf. Die Wachstumspolitik bedarf daher auch einer konsequenten Förderung der Ersparnisbildung.

In der Schweiz wird auf diesem Gebiete bis jetzt wenig getan. Bedenkt man jedoch, dass die Kapitalausstattung einer Volkswirtschaft im Prinzip nur dann ausgeweitet werden kann, wenn ein entsprechender Konsumverzicht zur Verfügung steht, so wird die Bedeutung der Sparförderung offensichtlich. Als geeignete Massnahme bietet sich insbesondere die steuerlich begünstigte Behandlung von Einkommensteilen an, die für längerfristige Sparzwecke, also vermögenswirksam angelegt werden.

Die strukturelle Verbesserung des Faktoreinsatzes

Die Intensivierung des Wachstums durch den vermehrten Einsatz von Arbeit beziehungsweise Kapital stösst dort an eine Grenze, wo einer oder gar beide Produktionsfaktoren nicht weiter verfügbar sind. Offensichtlich ist diese Grenze in bezug auf die Arbeitskräfte weitgehend erreicht. Es bleiben als wachstumspolitische Möglichkeiten der effizientere, das heisst technisch fortgeschrittenere Einsatz und der strukturell verbesserte Einsatz der Produktionsfaktoren.

Eine strukturelle Verbesserung kommt namentlich für den Faktor Arbeit in Betracht. Zwar bedeutet die strukturelle Verbesserung des Arbeitseinsatzes noch nicht eine Steigerung der Arbeitsproduktivität als solcher, wenn sie auch zu einer erhöhten Produktionsleistung führt. Vielmehr haben die hier in Frage kommenden Massnahmen zum Ziel, die vorhandenen Arbeitskräfte an die Stellen zu lenken, an denen sie ihr gegebenes Leistungspotential am besten einzusetzen vermögen. Damit ist das Problem der optimalen Allokation der Faktoren angesprochen.

Für den Faktor Arbeit stehen am Anfang Massnahmen zur Erhöhung der Transparenz auf dem Arbeitsmarkt. Die blosse Kenntnis der vorhandenen Möglichkeiten nützt allerdings wenig, wenn nicht gleichzeitig die Mobilität der Arbeitskräfte gefördert wird. Eine derartige Umorientierung der Arbeitskräfte ist einmal räumlich zu begreifen. Hier kann durch finanzielle Hilfen an Umzugskosten, durch Erleichterungen bei der Wohnraumbeschaffung und ähnlichen Massnahmen die Bereitschaft zum eventuell nötigen Wohnortswechsel erhöht werden. Diese Bereitschaft genügt allerdings nicht, wenn anderseits die beruflichen Voraussetzungen für einen Arbeitsplatzwech-

sel nicht erfüllt sind. Wachstumspolitische Massnahmen haben deshalb auch hier anzusetzen.

Auch in der Schweiz dürfte ein strukturell verbesserter Einsatz des Faktors Arbeit noch erhebliche Wachstumsreserven zutage fördern. Allerdings muss man sich fragen, ob bei uns dem optimalen Faktoreinsatz nicht andere strukturelle Hemmnisse entgegenstehen, nämlich die Besonderheiten des schweizerischen Steuersystems. Zwar sind erste Schritte eingeleitet worden, um die aus dem schweizerischen Steuerföderalismus resultierenden unterschiedlichen Steuerlasten etwas abzubauen. Hier wird aber noch ein Mehreeres zu tun sein. Denn die Tatsache bleibt, dass bei uns die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital aus steuerlichen Erwägungen heraus nicht durchwegs zu den produktionsmäßig günstigsten Einsatzorten hinwandern. Die Forderung nach Abbau solcher Hemmnisse schliesst auf der andern Seite keineswegs aus, dass mit gezielten regionalpolitischen Massnahmen die Schaffung gewisser Produktionsschwerpunkte und dahinterstehend einer gesamtwirtschaftlich ausgeglichenen Produktionsstruktur angestrebt wird.

Die Bedeutung des technischen Fortschritts

Als stärkste Antriebskraft des wirtschaftlichen Wachstums erweist sich nicht die strukturelle Verbesserung des Faktoreinsatzes, ebenso nicht die Vermehrung des Faktoreinsatzes, sondern der effizientere Faktoreinsatz. Effizienterer Faktoreinsatz aber ist gleichbedeutend mit technischem Fortschritt. Er ist stets dort zu registrieren, wo entweder die produzierte Menge bei gleichbleibendem Faktoreinsatz steigt oder eine bestimmte Produktionsmenge mit einem nunmehr geringern Aufwand an Faktorleistungen erstellt werden kann.

In unserem Zusammenhang interessiert vor allem die Frage, wie der technische Fortschritt seitens der staatlichen Wirtschaftspolitik systematisch gefördert werden kann. Schumpeter hat seinerzeit die berühmt gewordene Unterscheidung von «inventions», den eigentlichen Erfindungen und «innovations», dem Vollzug des technischen Fortschritts im Produktionsprozess getroffen. Das bedeutet, dass der technische Fortschritt erst dann im Dienste des wirtschaftlichen Wachstums zum Tragen kommt, wenn die gemachten Erfindungen in der Produktion Eingang finden. Die Wirtschaftspolitik kann diesen Vollzug des technischen Fortschritts gezielt kaum fördern; sie kann lediglich allgemein ein günstiges Investitionsklima schaffen und hier über den Einsatz finanzpolitischer Instrumente die Investitionsneigung, aber auch die Investitionsfinanzierung günstig beeinflussen.

Im Vordergrund steht vielmehr die Entwicklung neuer Produktionsmethoden und ihre Förderung seitens des Staates. Damit ist der ganze Komplex

der Forschungs- und Bildungspolitik angesprochen. Der Staat kann einmal die von den privaten Unternehmungen getragene Forschungstätigkeit durch steuerliche Begünstigungen oder durch direkte Zuwendungen unterstützen. Weiter besteht die Möglichkeit, privaten Forschungsinstitutionen gezielte Forschungsaufträge oder globale Zuwendungen zuzuweisen. Daben steht die im Rahmen der wissenschaftlichen Hochschulen betriebene Forschung. Der heute im Zentrum der öffentlichen Diskussionen stehende Ausbau dieser Hochschulen darf nicht einseitig von der Ausweitung der Lehrkapazitäten her betrachtet werden. Wachstumspolitisch mindestens gleichrangig ist die Intensivierung der hochschuleigenen Forschung und ihrer Zusammenarbeit mit der von der privaten Wirtschaft getragenen Forschung.

Natürlich bildet anderseits die Lehre Voraussetzung dafür, dass genügend und ebenso sehr genügend ausgebildete Kräfte für die Forschung zur Verfügung stehen. Die Bildungspolitik weist aber weitere Dimensionen auf. Ihren wachstumspolitisch in erster Linie bedeutsamen Niederschlag findet sie darin, dass die direkt im Produktionsprozess eingesetzten Arbeitskräfte eine verbesserte berufliche Ausbildung erfahren und so effizienter zu produzieren vermögen. Mit der Intensivierung der Bildungspolitik wird jedoch gleichzeitig das allgemeine Bildungsniveau angehoben und dadurch das geistige Milieu geprägt, das seinerseits die gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitskräfte in ihrem Verhalten beeinflusst.

Der Beitrag der Infrastruktur

Dass die Infrastruktur, von der die Bildungs- und Forschungseinrichtungen nur einen Bereich darstellen, das wirtschaftliche Wachstum massgeblich beeinflusst, ist inzwischen allgemeines Gedankengut geworden. Ein Teil der Infrastruktur, vor allem das Verkehrsnetz, die Energieversorgung und eben die Bildungs- und Forschungseinrichtungen besitzen weitgehend Produktionscharakter. Allerdings sind auf Grund der bisherigen wachstumstheoretischen Kenntnisse nur beschränkt Aussagen darüber möglich, welche Abhängigkeit zwischen Ausbaustand der Infrastruktur und Wachstumsintensität besteht. Die Beziehungen lassen sich am ehesten in negativer Weise umschreiben: Ist der an sich recht elastische infrastrukturelle Apparat mehr und mehr ausgelastet, so beginnt wegen der Engpässe das wirtschaftliche Wachstum zu stagnieren, und die Unternehmungen können ihre Produktion nicht weiter intensivieren.

Träger der Infrastruktur sind die öffentlichen Hände; sie haben dafür zu sorgen, dass bei der Haushaltsplanung die Ausgaben für produktive Infrastrukturinvestitionen nicht zu kurz kommen. Nun konkurrieren die Ausgaben des Staates für die produktive Infrastruktur mit andern staatlichen

Zwecken, nicht zuletzt mit den Ausgaben für die konsumtive Infrastruktur wie Sportanlagen, Freizeiteinrichtungen, Theater und Erholungsstätten. Bildet der Ausbau der produktiven Infrastruktur gewissermassen eine Voraussetzung für weiteres wirtschaftliches Wachstum, stellt die ebenfalls steigende Nachfrage nach konsumtiven Infrastrukturgütern vorwiegend eine Folge des bisher eingetretenen Wachstums dar. Dieser letztere Bedarf stösst auf den gleichzeitig sich geltend machenden Ausbaubedarf bei der produktiven Infrastruktur und lässt so den Ausbau der gesamten Infrastruktur als besonders dringlich erscheinen.

Entscheidungen über die infrastrukturelle Ausstattung einer Volkswirtschaft aber sind weitgehend politische Entscheidungen. Zwar erscheint es als sehr verhängnisvoll, wenn aus der derzeit nicht voll ausreichenden Versorgung mit öffentlichen Infrastrukturgütern auf die Unzulänglichkeit demokratischer Entscheidungssysteme geschlossen wird. In Demokratien ist es vielmehr ein Problem der gezielten Aufklärung und der politischen Führung, dass eine ausreichende infrastrukturelle Ausstattung sichergestellt werden kann. Dies gilt für eine direkte Demokratie wie die Schweiz in besonderem Masse. Wenn uns an diesem freiheitlich-demokratischen Staatswesen und an seiner sinnvollen wirtschaftlichen Weiterentwicklung gelegen ist, so werden wir allerdings um ein Mehr an Aufwendungen für seine Infrastruktur nicht herumkommen.

DÁMASO ALONSO

Federico García Lorca und seine Generation

*Die spanische Lyrik vor dem Bürgerkrieg
(1920–1936)*

Es war etwa Mitte Dezember 1927. Wir waren zu Vorträgen im «Ateneo» nach Sevilla eingeladen worden. Teilnehmer der Reise waren Federico García Lorca, Rafael Alberti, Guillén, Gerardo Diego, Bergamín, Chabas und ich, der ich vor allem als Kritiker mitkommen sollte. Wenn man die ersten fünf Namen nimmt, dazu noch den von Pedro Salinas, von dem ich nicht weiß, warum er bei dem Ausflug nicht dabei war, den von Cernuda und